

DIE SOZIALPOLITISCHE LEITIDEE DER TEILHABE IM WOHLFAHRTSSTAAT SCHWEDEN | Verständnis und Praxis Sozialer Arbeit (Teil 2)

Uwe Schwarze

Zusammenfassung | In der deutschen Sozialpolitik ist „Teilhabe“ aktuell ein häufig verwendeter Begriff, obwohl das theoretische Verständnis dieser Leitidee oft diffus bleibt – noch weniger ist über dessen Bedeutung im internationalen Vergleich bekannt. Der Beitrag untersucht auf der Grundlage eines Forschungsprojekts des Autors in zwei Folgen den Diskurs und das Verständnis von Teilhabe und Partizipation für die Soziale Arbeit in Schweden. Im ersten Teil wurden die Begriffe für den Diskurs expliziert und ausgewählte Praxisbeispiele dargestellt. Im vorliegenden zweiten Teil werden Konzepte der Nutzerbeteiligung und des Nutzereinflusses sowie das Projekt „Social Aktion Nu“ vorgestellt und die Befunde insgesamt resümiert.

Abstract | „Participation“ is a prominent term and current guiding principle of social policy in Germany. But, theory and definitions of that term are vague, especially in comparative social policy analysis. In this context the article examines in two volumes the discourse and understanding of participation in Swedish social work. In the first part definitions for the used concepts were explained, and practical examples for social work were displayed. In this second part more concepts considering user's participation will be exemplified, and the project „Social Aktion Nu“ will be introduced. Finally, the main results will be summarized in comparative perspective.

Schlüsselwörter ▶ Schweden ▶ Europäische Union ▶ Sozialstaat ▶ Partizipation ▶ Solidarität ▶ Konzeption ▶ Projektbeschreibung

„Brukarinflytande“ und „Brukarmedverkan“: Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer in der Sozialarbeit | Wie im ersten Teil dieses Aufsatzes gezeigt wurde, ist die Soziale Arbeit in Schweden im Vergleich zu Deutschland in höherem Grade

öffentlich und wohlfahrtsstaatlich institutionalisiert (Schwarze 2016). Organisationen des Non-Profit-Sektors spielen nach wie vor als Träger eine insgesamt (noch) untergeordnete Rolle. Im Verständnis eines öffentlichen Sektors, der soziale Hilfen zu fast allen Lebensbereichen für die Menschen auf hohem materiellen Niveau und mit lokalen Serviceorganisationen gut organisiert, wurden Ansätze einer aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht besonders gefördert. Doch gerade ein ausgebauter öffentlicher Sektor und ein „starker demokratischer Staat“ bieten hierfür gute Voraussetzungen.

Seit der wirtschaftlichen Krise, verbunden mit massiven Defiziten im Staatshaushalt zu Beginn der 1990er-Jahre, lässt sich inzwischen ein Bedeutungszuwachs der Organisationen nicht staatlicher Sozialdienste beobachten. Vor allem im Bildungs- und im Gesundheitssektor treten Akteure des Non-Profit-Sektors und teilweise auch des Profit-Sektors inzwischen häufiger als Anbieter sozialer Dienste auf. So berichteten Fachkräfte in Göteborg in Experteninterviews, dass die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten in den Sozialdiensten der Stadtmission (Stadsmission) von ehemals nur 40 zu Beginn der 1990er-Jahre auf 350 bis 400 Fachkräfte im Jahr 2013 angestiegen ist. In wachsendem Maße beauftragen schwedische Städte wie auch die staatliche Arbeitsmarktbehörde und öffentliche Gesundheitsdienste nicht staatliche Non-Profit-Organisationen und auch gewinnorientierte Anbieter mit der Erbringung fachlicher Leistungen der Sozialen Arbeit.

Bis in die 1990er-Jahre galt das Prinzip, wonach Soziale Arbeit auf Grundlage des nationalen Sozialdienstgesetzes von 1982 nahezu ausschließlich durch die demokratisch gewählten öffentlichen Institutionen wie den Stadtrat, den Sozialausschuss und die dezentralen Stadteilausschüsse programmatisch zu beschließen, zu organisieren und auch öffentlich zu erbringen war. Tendenziell lässt sich inzwischen über die Etablierung des New Public Management (Nya Styrningen) eine Entstaatlichung und Hybridisierung der Leistungserbringung auch für die schwedischen Sozialdienste feststellen. Zusätzlich gefördert werden diese Entwicklungen durch das EU-Wettbewerbsrecht.

Die demokratischen Institutionen sind jedoch weiterhin bemüht, die Steuerungshoheit für die Soziale Arbeit letztverantwortlich in öffentlicher Hand zu

halten. Originäre hoheitliche Behördenfunktionen wie Zwangsmaßnahmen im Rahmen der psychiatrischen Versorgung oder in der Kinder- und Jugendhilfe und auch die Leistungsgewährung der materiellen Sozialhilfe können verfassungsrechtlich (bisher) nicht privatisiert und damit auch nicht an Organisationen des Non-Profit-Sektors übertragen werden.

Das Subsidiaritätsprinzip hatte im Lauf der historischen Entwicklung im protestantisch geprägten Schweden auch sozialpolitisch bislang kaum Relevanz. In jüngster Zeit finden jedoch Ansätze der Selbstorganisation und der aktiven Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer im sozialpolitischen Diskurs und im Bereich der Forschung zur Sozialen Arbeit eine gewisse Aufmerksamkeit (*Socialstyrelsen* 2003). Neuere Ansätze der Nutzerbeteiligung (*brukarmedverkan*) schließen dabei einerseits an die Vorläufer schwedischer Selbsthilfeorganisationen an, etwa im Bereich der Suchtkrankenhilfe und der Behindertenhilfe. Theoretisch beziehen sie sich aber nur zum Teil auf frühe eigene Traditionen, sondern eher auf Vorbilder des „Empowerment“ der Bürgerrechtsbewegung in den USA der 1960er-Jahre.

Aktuell werden nutzerorientierte Ansätze des „brukarinflytande“ beziehungsweise des „brukarmedverkan“ in der schwedischen Fachliteratur unter anderem für die Straffälligenhilfe (*kriminalvården*), für Organisationen in der Alkohol- und Drogenpolitik über die ALRO (Alkoholproblematikers Riksorganisation) und für die Behindertenpolitik und Behindertenorganisationen (*handikappomsorg*) sowie neuerdings auch für die Wohnungslosenhilfe beschrieben (*Socialstyrelsen* 2003, *Denvall* u. a. 2011, *Blomgren; Hansson* 2011, S. 55). In aktuellen Fachbeiträgen zur Nutzerbeteiligung und zur Förderung der Nutzerperspektive wird unter „brukarmedverkan“ definitorisch das fachliche Bestreben verstanden, den Klientinnen und Klienten, Patientinnen und Patienten sowie den Nutzerinnen und Nutzern der Sozialdienste einen stärkeren Einfluss im Sinne von Teilnahme beziehungsweise Beteiligung (*delaktighet*) an der Planung und Durchführung sowie bei der Gestaltung der sozialen Dienste zu ermöglichen. Dabei wird eine Mitgestaltung der sozialen Interventionen explizit für drei Ebenen genannt: die Systemebene, die Programmebene und die individuelle Ebene im Kontakt zwischen sozialen Diensten und Bürgerinnen beziehungsweise Bürgern (*Socialstyrelsen* 2003, S. 139 ff., *Socialstyrelsen* 2012,

S. 12). Die Ansätze einer Beteiligung scheinen bislang auf der organisatorischen Ebene weitergehend konzeptionell entwickelt und stärker verankert als auf der individuellen Ebene, was sich in Befunden zu den Methoden widerspiegelt.

Im Ländervergleich ist semantisch aufschlussreich, dass in Schweden zumeist von „brukarmedverkan“ (Nutzerbeteiligung) gesprochen wird und sich ein Begriff wie „Bürgerbeteiligung“ (*medborgarens medverkan*) gar nicht oder nur selten findet. In Deutschland ist hingegen der Begriff der Bürgerbeteiligung durchaus üblich. Es ließe sich die These prüfen, ob entsprechende Konzepte in Deutschland stärker an den Status des Sozialbürgers anknüpfen als in Schweden. Detaillierte Befunde können derzeit zu dieser Frage nicht vorgelegt werden. In einer Definition des Begriffs „Nutzer“ heißt es seitens der nationalen schwedischen Sozialbehörde wie folgt: „Ein Nutzer ist eine Person, die keine Möglichkeit hat, den Produzenten beziehungsweise Dienstleister frei zu wählen. Darin unterscheidet sie sich vom ‚Kunden‘. Anders als hingegen der ‚Klient‘ kann der Nutzer sozialer Dienste jedoch in gewisser Weise die sozialen Leistungen mit beeinflussen“ (*Socialstyrelsen* 2012, S. 10).

Auf den Status des Sozialbürgers mit ausdrücklichen Rechten und Pflichten bezieht sich diese offizielle schwedische Definition somit nicht direkt. Die aktuellen Methoden der so verstandenen Nutzerbeteiligung wurden erstmals mit einer landesweiten Studie der nationalen Sozialbehörde (*Socialstyrelsen* 2012 und 2013) in Ansätzen empirisch erfasst:

- ▲ „Lernen vom Pflegekind“ (*att lära från fosterbarn*) als Methode in der Kinder- und Jugendhilfe, die auf der Grundlage von Interviews mit Pflegekindern in ihrem Umfeld basiert;
- ▲ „Nutzerüberprüfung/Nutzerbefragungen“ (*brukarrevisioner*), teilweise üblich in der Behindertenhilfe, Suchtkrankenhilfe und Arbeitsmarktpolitik;
- ▲ „Shared Decision Making“, in der Psychiatrie teilweise praktiziert;
- ▲ „Discovery Interviews“ (*levnadsberättelser*) im Sinne biografisch-erzählender Interviews und Erzählcafés, zum Teil lokal in der Altenhilfe;
- ▲ „Nutzereinfluss-Beauftragte“ (*brukarinflytandesamordnare*) in verschiedenen Handlungsfeldern;
- ▲ „Nutzer-Räte“ (*brukaråd*) auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, die die Interessen gegenüber Regierung und Behörden vertreten.

Insgesamt zeigt die doch überschaubare Auflistung von „Methoden verbesserten Nutzereinflusses“ (ebd.), dass die Ansätze eher punktuell etabliert sind. Meist kommen sie regional in ausgewählten Projekten vor und sind bislang noch nicht umfassend institutionalisiert. Aktuell werden die Ansätze jedoch teilweise in ihrem Ausbau staatlich gefördert. In früheren Studien, etwa von *Salonen* (1992), wurde die Methode der „Zukunftswerkstatt“ (framtidswerkstad) noch ausdrücklich genannt, aktuell wird sie aber offenbar nicht gefördert.

Es mangelt bisher zu allen Ansätzen an konkreten empirischen Daten, die Aufschluss geben könnten über ihre Verbreitung, ihren Nutzen und ihre möglichen positiven Effekte (*Socialstyrelsen* 2013). Die genannten Methoden scheinen dabei primär praxisorientiert und sind selten interventionstheoretisch reflektiert, mit Ausnahme einer Studie zur Wohnungslosenhilfe von *Denvall* u. a. (2011). Obwohl es an empirischen Daten mangelt, werden als Argumente für eine Förderung von Nutzerbeteiligung und Nutzereinfluss unter anderem der verbesserte Service, verbesserte Effektivität, ein Ausgleich von Macht zwischen den Nutzern beziehungsweise Nutzerinnen und sozialen Organisationen beziehungsweise Fachkräften, erhöhte Legitimität und Akzeptanz der sozialen Dienste, eine „Förderung von Selbstvertrauen und Empowerment“ und die Verbesserung demokratischer Prozesse bei fachpolitischen Beschlüssen und individuellen Entscheidungen genannt (*Socialstyrelsen* 2012, S. 11).

Im aktuellen Fachdiskurs gibt es auch kritische Befunde, etwa von *Blomgren* und *Hansson* (2011) mit Bezug auf die Praxis in Malmö. Demnach bestehen für Organisationen der Selbsthilfe (brukarrörelsen) und für Nutzervereinigungen (brukarorganisationer) nach Aussagen ihrer Vertreterinnen und Vertreter in den politischen Gremien und auch in der städtischen Sozialverwaltung selten echte Mitwirkungsmöglichkeiten. Zwar bestehen seit den 1990er-Jahren nationale rechtliche Vorgaben und über den EU-Sozialfonds auch Normen, um die Selbsthilfe- und Nutzerorganisationen stärker an der Gestaltung lokaler wie nationaler Programme zu beteiligen (*Socialstyrelsen* 2003 und 2013, *Blomgren*; *Hansson* 2011, S. 55). Doch geht diese Beteiligung über eine bloße Anhörung meist kaum hinaus. Empirische Studien zu diesen Grundfragen der Sozialen Arbeit im modernen demokratischen Wohlfahrtsstaat scheinen zudem rar.

Aus dem sozialwissenschaftlichen Diskurs kommen – nicht zuletzt aufgrund der Defizite im Bereich aktiver Beteiligung – aktuell Empfehlungen zu einer stärker „nutzerbasierten Forschung“ in Sozialpolitik und Sozialarbeit (*Starrin* 2007). Diese Konzepte leiten sich aus der Aktionsforschung und Ansätzen partizipativer Forschung der Chicago School of Sociology ab. Im Rahmen der Recherchen ließen sich einzelne solcher Projekte für kommunale öffentliche Sozialdienste finden, etwa in Stockholm. Auch sie werden mit staatlichen und EU-Mitteln aktiv gefördert (*Denvall* u. a. 2011, *Eriksson*; *Svendsen* 2015). Generell wird ein aktiveres und offensiveres Forschungsverständnis für die Soziale Arbeit vorgeschlagen, zumal sie das Ziel haben müsse, einen Wandel von Gesellschaft und sozialpolitischen Programme direkter als bisher mit zu beeinflussen (*Blomgren*; *Hansson* 2011, S. 58). Diese Vorschläge reichen über die üblichen, auch in Schweden zunehmend verbreiteten Konzepte einer evidenzbasierten Sozialarbeit deutlich hinaus. Gleichzeitig werden die Ansätze der Nutzerbeteiligung und -mitwirkung als zentrale Bestandteile und als Voraussetzung einer stärker evidenzbasierten Sozialen Arbeit verstanden (*Socialstyrelsen* 2013, S. 3). Diese aktuellen Entwicklungen in der Forschung können hier nicht vertieft werden. Sie zeigen aber, dass weitergehende Ländervergleiche sinnvoll wären.

„Social Aktion Nu“: Ein Projekt fachpolitisch-medial initiiertes Beteiligung | Über die Redaktion der schwedischen Fachzeitschrift „Socialpolitik“ wurde mit finanzieller Förderung des nationalen Erbschaftsfonds (Arvfonden) im Januar 2012 das dreijährige Projekt „Social Aktion Nu“ initiiert; zunächst in Stockholm und Göteborg, ab 2013 auch in Malmö und schließlich landesweit für Schweden. Das Projekt beinhaltete einen landesweiten Aufruf unter dem Titel „Berichte, wie es Dir (er)geht!“ („berätta hur du har det!“). In sogenannten Schreibzirkeln und Foren, die über das Internet allgemein zugänglich gemacht wurden, hatten Bürgerinnen und Bürger, die von Veränderungen und Entscheidungen im Bereich der Sozialleistungen betroffen waren, sowie Fachkräfte der Sozial- und Gesundheitsdienste die Möglichkeit, individuelle Erfahrungen mit den Sozialdiensten unmittelbar zu berichten. Die Berichte wurden vielfältig veröffentlicht und unter anderem über Radiobeiträge einem breiten Publikum vermittelt. Abschließend ist die Publikation eines Weißbuches sozialpolitischer Erfahrungen ge-

plant, das möglichst viele Berichte enthält, die systematisiert ausgewertet werden. Die Ergebnisse werden schließlich den politischen Gremien zugeleitet.

Darüber hinaus wurden zwei Fachkonferenzen und zahlreiche öffentliche Diskussionsforen organisiert. Auch über diese Konferenzen wurden die Erfahrungen der betroffenen Menschen in Armutslagen direkt öffentlich vermittelt. Das Projekt „Social Aktion Nu“ arbeitete dabei kritisch-reflexiv mit den unterschiedlichsten Organisationen der Sozialdienste zusammen. Einen Schwerpunkt bildete die Dokumentation der Erfahrungen kranker Menschen im Kontakt zur staatlichen Versicherungskasse bei Leistungen der Krankenversicherung und der Rehabilitation. Zahlreiche Einzelfälle wurden dokumentiert, worüber gravierende Defizite in der materiellen wie auch sozialen Grundversorgung bis hin zu menschenunwürdigen Praktiken der Sozialbehörden anschaulich wurden (Wallin 2012).¹ Über einen Fotowettbewerb wurden parallel die in Schweden seit den 1990er-Jahren wachsende soziale Ausgrenzung und vielfältige Formen von Armut bildhaft. Die Fotoreportagen und Dokumentationen förderten zugleich den methodischen Ansatz der Sozialfotografie.

Zusammenfassend bildet auch dieses Projekt ein in Schweden zwar bisher noch eher seltenes Beispiel, Teilhabe und den direkten Einfluss der Bürgerinnen und Bürger aktiv zu fördern beziehungsweise zu ermöglichen. Ähnlich wie die übrigen hier aufgezeigten Ansätze verweist es darauf, dass sich ein neues und aktiveres Verständnis von und für Teilhabe und Partizipation entwickelt. Dabei wäre die genaue Rolle der Sozialen Arbeit sowohl in öffentlicher wie auch nicht öffentlicher Trägerschaft perspektivisch noch differenzierter zu untersuchen.

**Fazit: Teilhabe und Partizipation im wohl-
fahrtsstaatlichen Wandel** | Es lässt sich resümieren, dass eine in Schweden in hohem Maße öffentlich strukturierte Soziale Arbeit nicht zugleich auch Wegbereiter in der Initiierung und Förderung von Teilhabe und Beteiligung ist. Soweit diese Leitideen dort aktuell etabliert werden, geschieht dies eher über die nicht staatliche Soziale Arbeit und insoweit durchaus „von unten“. Doch in den letzten Jahren

¹ Unter dem Titel „Onådig Luntan“, was sinngemäß mit „ungnädiger Schmöker“ zu übersetzen ist, wurden zahlreiche Berichte betroffener Bürgerinnen und Bürger zu ihren negativen Erfahrungen mit den Sozial- und Gesundheitsdiensten veröffentlicht (www.socialaktion.nu).

wurde auch auf Regierungsebene und in Planungsstäben der nationalen Sozialbehörde (*Socialstyrelsen*) die Bedeutung von Teilhabe, Partizipation und Beteiligung erkannt, und dies nicht nur als Semantik. Insofern wird Teilhabe und Beteiligung langsam auch „von oben“ mit initiiert.

Dies drückt sich darin aus, dass aktuell der Forschungsstand zu Praxis und Methoden einer Teilhabeförderung national erfasst wird. Auch einzelne Programme zur Förderung von Nutzerbeteiligung werden gezielt mit staatlichen Mitteln gefördert. Vor allem die individuelle Bedarfsorientierung steht dabei im Zentrum. Dies gilt auch für neuere Forschungsansätze, welche die Nutzerperspektive stärker berücksichtigen. Es wird eine möglichst breite Etablierung evidenzbasierter Praxis für die Sozialarbeit angestrebt – im öffentlichen wie im nicht öffentlichen Sektor. Auch in Schweden lässt sich erkennen, dass Teilhabe und Beteiligung von der lokalen Praxis Sozialer Arbeit vor allem mittels rechtlicher Grundlagen eingefordert und mit finanzieller Förderung angeregt und eben nicht einzig von der lokalen Basis her entwickelt werden. Teilhabe und Partizipation werden dabei bislang nicht wirklich aktiv und auf breiter Ebene fachlich unabhängig von und in der Sozialen Arbeit verankert, sondern allenfalls punktuell. Eigentlich handelt es sich bei der Förderung von Teilhabe und Beteiligung um eine dem Selbstverständnis Sozialer Arbeit nach originäre Aufgabe sozialberuflichen Handelns. Die Praxis scheint aber so selbstverständlich auch in Schweden (noch) nicht zu sein.

Zum Teil sind es eher die Nutzerinnen und Nutzer der sozialen Dienste selbst beziehungsweise Selbsthilfeorganisationen, die mehr Beteiligung einfordern. Auch große nicht staatliche Träger wie die Stadtmission spielen eine wichtige Rolle bei der Etablierung partizipativer Ansätze. Ebenso sind einzelne kritische Journalistinnen und Journalisten sowie Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler darin engagiert, das Leitbild der Teilhabe und Methoden verbesserter Partizipation in Sozialdiensten des sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaates zu fördern.

So stellt sich mit Blick auf die weitere Forschung und bezogen auf die Praxis lokaler Sozialarbeit die Frage, ob das Verständnis von Teilhabe in Schweden schwächer und anders ausgeprägt ist als gegenwärtig in Deutschland. Systematische Vergleiche fehlen dazu,

doch erste allgemeine Befunde unserer Forschung bestätigen die implizite These dieser Frage. Im Unterschied zu Deutschland sind die Begriffe von Teilhabe und Inklusion im schwedischen Fachdiskurs semantisch eher randständig. Ein echter Paradigmenwechsel im Verständnis von Teilhabe lässt sich für die schwedische Sozialpolitik in ihren Schnittstellen zur Sozialen Arbeit (noch) nicht gesichert empirisch belegen; er deutet sich (vielleicht) für die nächsten Jahre an. Etwa seit der Jahrtausendwende finden Begriffe und Konzepte wie Nutzereinfluss (brukarinflytande) und Nutzerbeteiligung (brukarmedverkan) sowie Beteiligung (delaktighet) und Teilhabe (deltagandet), die in der Aufbau- und Ausbauphase des Wohlfahrtsstaates noch randständig waren, nun eine gewisse Beachtung. Dabei sind das Verständnis und die Förderung von Teilhabe bisher oft individuell ausgerichtet, wie die Instrumente der Bedarfsorientierung „BBIC“ und „ÄBIC“ belegen. Und sie sind zum Teil auch weiterhin bürokratisch-administrativ im Sinne paternalistischen Verwaltungshandelns und zusätzlich „managerial“ geprägt. Noch scheinen sie selten pädagogisch beziehungsweise dialogisch und transparent ausgerichtet und insoweit in sich selbst nicht schlüssig strukturiert.

Es finden sich aber daneben erste strukturell und systemisch orientierte Ansätze wie „Nutzerbeteiligung“ und „Nutzer-Räte“. Sie sind eher vereinzelt auf lokaler Ebene und in unterschiedlichen Arbeitsfeldern etabliert, jedoch längst nicht landesweit und systematisch realisiert. Erkennen lässt sich auch, dass das Themenfeld „Teilhabe und Beteiligung“ aktuell in den parallelen Diskurs zur evidenzbasierten Sozialen Arbeit mit einfließt. Hierin liegen Chancen wie Risiken. Ein Risiko ist, dass ein aktives Verständnis von Teilhabe und Beteiligung im dominanteren Diskurs um eine evidenzbasierte Praxis Sozialer Arbeit verschwimmt und so erneut an notwendiger theoretischer und methodischer Konturierung verliert. Die Kernannahme vieler schwedischer Konzepte scheint darin zu bestehen, dass durch eine weiter zu fördernde evidenzbasierte Praxis und Forschung zugleich auch die Erwartungen, Bedürfnisse und Effekte seitens der Bürgerinnen und Bürger adäquat berücksichtigt werden. Ob dies gelingt, ist empirisch ebenfalls noch offen.

Zugleich besteht in diesen Zusammenhängen wie generell im Wandel von Wohlfahrtsstaatlichkeit das Risiko eines Missbrauchs der Leitidee und von Kon-

zepten der Teilhabe zu primär ökonomischen Zwecken. Semantiken der Teilhabe und Beteiligung können auch politisch genutzt werden, um Leistungsniveaus sozialer Dienste weiter zu entstaatlichen und die Absicherung gegen soziale Risiken auf die Bürgerinnen und Bürger und ihre Eigenverantwortung sowie auf den Non-Profit-Sektor und – gegebenenfalls staatlich reguliert – auch auf den Profit-Sektor zu verlagern. Dies ist vor allem dann nicht auszuschließen, wenn sich mit den Präferenzen und Formen der Teilhabe und Beteiligung finanzielle Profite erzielen lassen. Nicht zuletzt in diesem Kontext bestätigt der Beitrag die Notwendigkeit weiterer theoretischer und vergleichender empirischer Forschung zum je spezifischen Verständnis von Teilhabe in unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements.

Professor Dr. Uwe Schwarze, *Politologe und Dipl.-Sozialpädagoge, lehrt Sozialpolitik und Soziale Arbeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, Holzminden und Göttingen. E-Mail: uwe.schwarze@hawk-hhg.de*

Literatur

- Blomgren**, Christer; Hansson, Anders: Brukarmedverkan – möjligheter och hinder. In: Socionomen 2/2011, S. 54-59
- Denvall**, Verner; Granlöf, Shari; Knutagård Marcus; Nordfeld, Marie; Swärd, Hans: Urvärdering av "Hemlöshet – många ansikter, många ansvar". Meddelanden från Socialhögskolan 2011: 2, Lunds Universitet, Socialhögskolan. Lund 2011
- Eriksson**, Lisbeth; Svendsen, Tore (FoU Nordväst): Skiss till följeforskning/ utvärderingsdesign – EBP-projekt 2013-2015. Stockholms Socialförvaltning. Stockholm 2015
- Salonen**, Tapio: Kunskap för förändring. In: Sundh, Kenneth; Turunen, Päivi: Social Mobilisering. Om samhällsarbete i Sverige. Stockholm 1992
- Schwarze**, Uwe: Die sozialpolitische Leitidee der Teilhabe im Wohlfahrtsstaat Schweden. Verständnis und Praxis Sozialer Arbeit (Teil 1). In: Soziale Arbeit 4/2016
- Socialstyrelsen**: Socialtjänsten i Sverige. En översikt 2003. Stockholm 2003
- Socialstyrelsen**: Metoder för brukarinflytande och medverkan inom socialtjänst och psykiatri – en kartläggning av forskning och praktik. Stockholm 2012 (www.socialstyrelsen.se, abgerufen am 27.1.2016)
- Socialstyrelsen**: Att ge ordet och lämna plats. Vädledning om brukarinflytande inom socialtjänst, psykiatri och missbruks- och beroendevård. Stockholm 2013
- Starrin**, Bengt: Empowerment som forskningsstrategi – Exemplet deltagarbaserad forskning. In: Askheim, O. P.; Starrin, B.: Empowerment i teori och praktik. Malmö 2007
- Wallin**, Maria: „Det är inte mänskligt“. Myndigheter stämpelar ut folk till misär och hopplöshet. In: Socialpolitik 2/2012, S. 38-42